

16. Georg Veiel an Emil Barell, «Betr.: Umgruppierung der wissenschaftlichen Aussenvertreter», 15. 6. 1933, mit Beilage: «Zur Besprechung in Berlin am 13. Juni 1933», ohne Datum

Dr. G. E. Veiel
Charlottenburg, den 15. VI. 1933

Herrn Generaldirektor Dr. E. Barell
Basel

Nr. 27

Betr.: Umgruppierung der wissenschaftlichen Aussenvertreter

Sehr geehrter Herr Dr. Barell,

Zu Ziffer 3 des Besprechungsberichtes vom 2. ds. Mts. übersende ich Ihnen in der Anlage den diesbezüglichen Teil des Protokolles von der Besprechung mit den wissenschaftlichen Vertretern am 13. ds. Mts. Sie ersehen daraus, dass die Regelung bezüglich der Herren Dr. Deutschland und Motulsky offensichtlich in fairer und reibungsloser Art sich wird durchführen lassen.

Dagegen hielt ich es noch nicht für richtig, eine Neuregelung bezüglich der östlichen Provinzen vorzunehmen. Dieser Fragenkomplex wäre zweckmässig mündlich noch einmal eingehend zu erörtern.

Ihr ergebener
[handschriftliche Signatur:] Veiel

1 Anlage



[Beilage:]

Zur Besprechung in Berlin am 13. Juni 1933

Anwesend:	Dr. Veiel	Bässgen
	Tharandt	Dr. Berger
	Bickenbach	Dr. Deutschland
	Bosch	Dieterich
	Dr. Reuss	Dr. Kahre
	Stoll	Motulsky
	Dr. Wirth	Moser
		Roeser
		Schmitt
		Dr. Wespiser.

Am Schluss der obigen Besprechung brachte Dr. Veiel seine Absicht zum Ausdruck, die vorhandene antisemitische Strömung zu berücksichtigen und ihr auch innerhalb der Firma Rechnung zu tragen. Darum erwäge er, die Tätigkeit der beiden jüdischen Vertreter Dr. Deutschland und Motulsky künftig auf den Besuch jüdischer Aerzte zu beschränken. Ausser Berlin kämen hier vor allem Grosstädte im Westen Deutschlands in Betracht. Die anwesenden Vertreter möchten sich hierzu äussern, sowohl mit Rücksicht darauf, dass sie dann einen Teil ihrer Aerzte in den Grosstädten abgäben und somit eine Verkleinerung ihres Tätigkeitsbereiches eintreten würde, andererseits aber auch im Hinblick auf das wohlverstandene Interesse der Firma.

Aus der folgenden Diskussion ergab sich, dass Bedenken gegen diese Art der Arbeitsteilung nicht bestanden; während andererseits anerkannt wurde, dass bei den herrschenden Verhältnissen eine Bearbeitung der nicht arischen Aerzte durch jüdische Vertreter für die Firma von Vorteil sein werde, da sich zwischen Arzt und Vertreter in diesem Fall ein fester persönlicher Konnex bilden werde. – Es wurde dabei anerkannt, dass im Gespräch zwischen jüd. Arzt und Vertreter ein Hinweis darauf, dass die jüd. Vertreter von HLR [Hoffmann-La Roche] für den Besuch jüd. Aerzte Verwendung fänden, behufs Erklärung des Vertreterwechsels erfolgen könne. – Tharandt erklärte hierzu, dass vor weiteren und besonders endgültigen Massnahmen die Situation im Juli und vor allem im Herbst abzuwarten wäre.

Aus dem von Motulsky beigebrachten Material folgt eine Gesamtzahl der jüd. Aerzte im ganzen Reich von etwa 8000 (dazu kämen etwa noch 3–4000 Aerzte, die zufolge ihrer Abstammung unter den Arierparagraphen fallen). – Von obigen 8000 Aerzten wohnen etwa 2500 in Gross-Berlin, 130 in Köln, 300 in Frankfurt a. M., 300 in Breslau, ungefähr 250 in Hamburg.

Abgesehen von Berlin und Breslau werden Besuche jüd. Aerzte in erster Linie in westlichen Grosstädten in Frage kommen. Ausser den genannten Städten kämen in Betracht Mannheim (ca. 200 jüd. Aerzte), Mainz, Worms, Stuttgart, Fürth. Nicht lohnend sind u. a. der Freistaat Sachsen, Thüringen, Mecklenburg.

Während Motulsky voraussichtlich die Berliner Aerzte und solche in östlichen Städten mit Ausnahme von Breslau, Beuthen usw. beibehalten würde, wurden Vereinbarungen von Dr. Deutschland mit Bässgen, Dieterich, Dr. Wespiser, Schmitt

in Aussicht genommen: 1. Die Rayonvertreter sondern die Karteikarten jüd. Aerzte nach ihrem Ermessen aus und stellen diese den jüd. Vertretern zur Verfügung. 2. Diese nehmen im Berliner Büro Kenntnis von den vorliegenden Besuchsberichten. 3. Beim Besuch der einzelnen Städte wird das Adressenmaterial (da hierüber anderweitig noch kein Angaben vorliegen) durch Informationen an Ort und Stelle ergänzt und berichtet. 4. Die Rayonvertreter erhalten zur laufenden Information Berichtskopien über die besuchten jüd. Aerzte ihres Bezirkes.

Aus Zweckmässigkeitsgründen würde Dr. Deutschland auch künftig die jüd. Aerzte in Breslau und Oberschlesien besuchen und dies könnte zunächst erfolgen. Wegen eventueller Bearbeitung des im übrigen frei werdenden Schlesiens wurde Dr. Berger befragt; er hielt eine Erweiterung seines bisherigen Bezirkes für nicht zweckmässig. – Dr. Veiel wies darauf hin, dass über die künftige Bearbeitung des ganzen Ostens noch keine Entscheidung getroffen sei. Abgesehen von dieser Lücke wäre aber überhaupt noch der Verlauf abzuwarten, den die ganze Entwicklung in einem Vierteljahr genommen haben werde.

Im Hinblick auf die erfolgte Besprechung und Klärung der zwischen den einzelnen Vertretern sich ergebenden Arbeitsteilung brachte Dr. Veiel seine Erwartung zum Ausdruck, dass diese im Sinne einer reibungslosen und sympathischen Zusammenarbeit erfolgen werde.

[handschriftliche Signatur:] Deutschland

Quelle: RA, LG.DE-K-101848n. Vergleiche S. 191, Anm. 66.